

Nicht radikal genug

Verfassungsrechtler Hans Herbert von Arnim zur Berliner Herzog-Rede

Die Berliner Rede des Bundespräsidenten erinnert in Teilen an die große Parteienschelte des früheren Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker im Jahre 1992. Ein Kernsatz Weizsäckers lautete: „Nach meiner Überzeugung ist unser Parteienstaat von beidem zugleich geprägt, nämlich machtvorsessen auf den Wahlsieg und machtvorgessen bei der Wahrnehmung der inhaltlichen und konzeptionellen politischen Führungsaufgabe.“

Auch Herzog fordert von der politischen Elite die Bereitschaft zur Führung und verlangt, im Kollisionsfall das Streben nach Macht zurückzustellen. Die derzeitige Führungslosigkeit wird in der Steuerpolitik besonders deutlich, zu der Herzog „nach der Entwicklung der letzten Tage überhaupt nichts mehr“ einfallen wollte. Man kann dem Bundespräsidenten auch nur zustimmen, wenn er verlangt, daß „alle, wirklich alle Besitzstände“ auf den Prüfstand müssen. Doch vermißt man in diesem Zusammenhang ein Eingehen auf die Besitzstände der Politiker selbst: ihre übermäßigen Altersversorgungen, die ihnen schon nach kurzen Amtszeiten und lange vor den üblichen Altersgrenzen hohe Renten verschaffen; die Doppelbezahlung aus mehreren Quellen; die überzogene Finanzierung der politischen Parteien einschließlich ihrer Fraktionen und „Stiftungen“.

Die Treppe muß von oben gekehrt werden

Derartige Reformen am Kopf der Politik sind nötig. Das vom Bundespräsidenten mit Recht angemahnte Anpacken der so wichtigen allgemeinen Reformen setzt voraus, daß die Politiker bei sich selbst anfangen. Die Treppe wird nun mal von oben gekehrt. Der Bundespräsident könnte in eigener Sache ein gutes Beispiel geben, hat er doch als einziger Politiker nach Ablauf seines Amtes Anspruch auf eine Altersversorgung von sogar 100 Prozent seiner Aktivenbezüge. Hätte er von sich aus auf die überzogenen Teile seiner Versorgung verzichtet (wie er auch schon mehrmals auf die Erhöhung seines laufenden Gehalts verzichtet hat),



wäre das ein treffliches Signal auch für andere Politiker und die Bürger insgesamt, von übertriebenem Besitzstandsdanken zu lassen. Was für ein Paukenschlag wäre es gewesen, wenn Herzog derartiges in seiner Berliner Rede angekündigt hätte! Dann hätte er mit der moralischen Führung wirklich ernst gemacht.

In der Rede des Bundespräsidenten fehlt auch ein Eingehen auf einen anderen zentralen Mangel unserer Demokratie, daß nämlich die Bürger so wenig zu sagen haben. Sie können oft nicht einmal ihre Abgeordneten auswählen. Wen die Parteien auf sichere Plätze auf den Wahllisten nominieren, der ist faktisch bereits gewählt, und die eigentliche Volkswahl ist für ihn nur noch ein Formalie.

Gäbe man dagegen dem Bürger durch sinnvolle Änderungen des Wahlrechts mehr Einfluß auf die Auswahl der Politiker, bräuchte das auch keinesfalls auf Kosten von deren Handlungsfähigkeit zu gehen, im Gegenteil: Es gibt in Deutschland keine handlungsfähigeren Politiker als die direkt von den Bürgern gewählten süddeutschen Bürgermeister, eine Einrichtung, die in den vergangenen Jahren, wenn auch da und dort mit erheblichen Abstrichen, auch in den Gemeinden und Städten aller anderen Länder eingeführt worden ist.

Dieses Beispiel zeigt bereits: Man

muß, wenn wirklich mehr Handlungsfähigkeit geschaffen werden soll, auch an die Institutionen der politischen Willensbildung ran. Hier geht es allerdings um Machtfragen. Der Bundespräsident hat mit Recht bemerkt, daß zwar weitgehend Konsens besteht, daß Reformen notwendig sind, ihre Durchsetzung gegen die Eigeninteressen von Verbänden und Politikern aber das eigentliche Problem darstellt. Hier lohnt ein Blick darauf, wie die größte institutionelle Reform der letzten Jahre, eben die Einführung der Direktwahl der Bürgermeister in ganz Deutschland, durchgesetzt werden konnte: durch einen Volksentscheid 1991 in Hessen, bei dem sich 82 Prozent der Bürger für die Einführung der Volkswahl von Bürgermeistern und Landräten entschieden.

Den Bürger politisch mitbestimmen lassen

Hier zeigt sich, welches innovatorische Potential in direktdemokratischen Äußerungsmöglichkeiten der Bürger liegen kann. Auf diese Weise lassen sich Reformen notfalls auch gegen die Eigeninteressen der politischen Klasse durchsetzen. Ein Hauptmangel der Rede des Bundespräsidenten lag darin, daß er die Verantwortungsbereitschaft der Mehrheit der durch Bildungsexplosion und Wertewandel mündiger gewordenen Deutschen unterschätzt. Will man das darin steckende große Reformpotential aktivieren, setzt dies aber voraus, daß die Menschen auch institutionell in die Verantwortung genommen und in die Lage versetzt werden, auch wirklich politisch mitbestimmen zu können.

Ein weiteres Beispiel für notwendige institutionelle Reformen: die Mitglieder des Bundesrats, also die Regierungen der Bundesländer, sind aus rein landespolitischen Wahlen hervorgegangen. Gleichwohl werden sie auf Bundesebene von der parteipolitischen Opposition instrumentalisiert, um wichtige Entscheidungen zu blockieren. Diese Fehlkonstruktion muß – auch angesichts der schwachen bundespolitischen Legitimation des Bundesrats – überdacht werden.